

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 3 – Bericht zur weiteren Gestaltung des Schulbetriebs für das Schuljahr 2020/2021

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 005.21 / 07.01.2021

Der Stufenplan ermöglicht eine bestmögliche Planbarkeit

Sehr geehrter Damen und Herren,

Schulen sind systemrelevant. Das ist durch die Schulschließungen im Frühjahr vergangenen Jahres besonders deutlich geworden. Deshalb sind sie bis kurz vor Weihnachten offengeblieben und deshalb sollen sie, genau wie die Kitas, so schnell wie möglich wieder öffnen.

Das ist und bleibt unser aller Ziel. Kinder brauchen offene Schulen, damit die Bildungsgerechtigkeit nicht leidet. Aber: Schulen sind keine Inseln. Schulen sind Teil der Gesellschaft und damit Teil des Infektionsgeschehens um sie herum. Wenn die Infektionszahlen insgesamt steigen, steigen auch die Fälle an den Schulen. Wir haben es im November und vor allem im Dezember gesehen.

Die Krankenstände an einzelnen Schulen waren sehr hoch, ein Gradmesser für die Belastungssituation an den Schulen. Deshalb war es verantwortungsvoll, in der Woche vor Weihnachten in den Distanzunterricht zu gehen und es ist richtig, dass wir uns an die gemeinsam mit den anderen Bundesländern vereinbarte Regelung halten, den Präsenzunterricht an den Schulen voraussichtlich bis Ende Januar auszusetzen.

Das ist erforderlich, weil wir die Inzidenzwerte nach unten bekommen müssen, damit die Fälle wieder nachverfolgt werden können und damit die Intensivstationen ausreichend Kapazitäten haben.

Außerdem ist noch nicht klar, wie sich die Mutation des Corona-Virus auswirkt. Sind Mutationen schon bei uns verbreitet? Ist die Ansteckungsgefahr größer? Infizieren sich auch mehr Kinder? Vorsicht ist also geboten.

Die Reaktionen auf die Weiterführung des Distanzunterrichts sind unterschiedlich. Die GEW begrüßt dieses Mal im Prinzip den Plan der Ministerin, möchte allerdings, dass die Grundschulen zunächst im Wechselunterricht beginnen. Die Schüler*innenvertretungen im Grunde auch. Sie fordern allerdings beim Distanzunterricht zukünftig mehr Rückmeldungen von den Lehrkräften und feste Strukturen, um den Tag zu strukturieren. Der Philologenverband kritisiert den geplanten Wechselunterricht, weil er für die Lehrkräfte zu arbeitsintensiv ist und will ab sofort Präsenzunterricht in den Kreisen mit einer Inzidenz von unter 50. Die beruflichen Schulen wollen mehr Flexibilität beim Präsenzunterricht, um weniger Schüler*innen zeitgleich in der Schule zu haben. Einige Eltern sehen sich überlastet mit Homeoffice und Kinderbetreuung. Andere sind froh, dass ihre Kinder aus Infektionsschutzgründen zu Hause bleiben können. Der Kinderschutzbund sieht die Gefahr einer wachsenden sozialen Ungleichheit und mahnt, das Kindeswohl im Blick zu behalten. Eine bunte Gemengelage - und alle haben gute Argumente für ihre Perspektive.

Wir müssen alle Argumente gut gegeneinander abwägen, dann eine Entscheidung treffen und die Härten abfedern. Das haben die Ministerpräsident*innen und die Kanzlerin mit Unterstützung durch die Wissenschaft gemacht. Wir in Schleswig-Holstein setzen diese Entscheidung verantwortungsvoll um.

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Eltern, die Kinder zu Hause zu betreuen und beim Lernen zu unterstützen, wenn eigentlich das eigene Arbeiten im Homeoffice ansteht. Aus diesem Grund ist es eine gute Entscheidung des Bundes, dass die Zahl der Kinderkrankengeldtage auch für 2021 verdoppelt wird. Als weitere Unterstützung bieten wir in Schleswig-Holstein Alleinerziehenden die Möglichkeit, dass ihre Kinder in die Notbetreuung gehen können.

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine guten Lernbedingungen mit eigenem Zimmer, guter Internetverbindung und eigenem Laptop haben. Darum werden wir es ermöglichen, dass diese Kinder entweder in die Notbetreuung gehen oder in Lernräumen in den Schulen arbeiten können.

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Schüler*innen, zu Hause in der Distanz zu lernen. Gemeinsam mit dem Bund haben wir den Schulträgern deshalb Mittel zur Verfügung gestellt, damit möglichst viele Tablets und Laptops für die Schüler*innen angeschafft werden können.

Gut, dass das Land viel Geld und Personal in den Ausbau der Glasfaseranschlüsse und in ein Lernmanagementsystem inklusive Fortbildungen gesteckt hat. Wichtig ist aber auch, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen Schüler*innen und Lehrkräften gibt. Zu den bearbeiteten Aufgaben muss es ein Feedback durch die Lehrkraft geben und das Distanzlernen muss insgesamt evaluiert werden.

Und ja, es ist eine enorme Herausforderung für die Lehrkräfte, Distanzunterricht, Notbetreuung und später vielleicht Wechselunterricht mit allem, was sonst noch zu Schule gehört, unter einen Hut zu bringen. Viele Lehrkräfte und auch Schulleitungen arbeiten seit Langem über das normale Pensum hinaus, weil sie die Schüler*innen so gut wie möglich unterstützen wollen. Dafür noch einmal ein großes Dankeschön an alle Lehrkräfte.

Wir haben bereits Mittel für zusätzliches Personal zur Unterstützung der Lehrkräfte zur Verfügung gestellt und wir wollen mit dem kommenden Haushalt weitere Mittel bereitstellen, um die Lehrkräfte zu entlasten, und um die Digitalisierung an Schulen voranzubringen. Es wird aber deutlich, dass die Schulen noch mehr Entlastung brauchen. Da müssen wir mit dem Haushalt noch einmal nachsteuern.

Runterfahren geht einfacher als geordnet wieder hochfahren. Das hat uns das letzte Frühjahr gezeigt. Aber wir haben auch einiges gelernt. Abschlussklassen konnten früh wieder in die Schule, um sich auf ihre Abschlüsse vorzubereiten. Das sollen sie auch jetzt können. Eine gute Entscheidung, um die Prüfungen gut bestehen zu können. Wir müssen dabei diesmal auch die Förderschüler*innen im Blick behalten, die sich genauso auf ihren Abschluss vorbereiten wollen. Sie müssen auch in die Schule gehen dürfen.

Das weitere Hochfahren wird gestaffelt nach Alter und Inzidenzzahlen passieren. So wie es auch die SPD fordert. Die Kultusminister*innenkonferenz hat vor einigen Tagen einen groben Stufenplan beschlossen, den auch wir unterstützen:

Stufe 1 (bei noch relativ hohen Infektionszahlen) – Präsenzunterricht für die Jahrgänge 1 – 6. Alle anderen Jahrgänge bleiben im Distanzunterricht.

Stufe 2 – Ergänzend Hybrid- oder Wechselunterricht in halben Klassen ab Jahrgang 7 und an den beruflichen Schulen.

Stufe 3 – Präsenzunterricht für alle.

Immerhin, auf die Stufen konnte sich die Kultusminister*innenkonferenz einigen. Aber ab welchen Infektionszahlen welche Stufe in Kraft tritt, da waren die Länderinteressen wohl leider nicht unter einen Hut zu bringen. Aber in Schleswig-Holstein ist klar, dass Stufe zwei, also Unterricht mit halben Klassen, in Zukunft ab einer 7-Tage-Inzidenz von 50 Fällen pro 100.000 Einwohner*innen im Kreis oder in der kreisfreien Stadt gilt. Das ist die Klarheit, die sich viele schon im vergangenen Jahr gewünscht haben. Jetzt kommt sie und das finden wir richtig.

Es ist auch konsequent, dass die Stufe dann planmäßig für mindestens zwei Wochen bleibt, damit zum Beispiel bei wochenweisem Wechselunterricht beide Klassengruppen sowohl Distanz- als auch Präsenzunterricht hatten.

Wo noch nachgearbeitet werden muss, ist die Schwelle für Stufe 1, für den Distanzunterricht. Hier muss es eine Konkretisierung und eine genauso klare Linie geben. Es ist sinnvoll, dies mit Expert*innen und dem Gesundheitsministerium zu besprechen. Bei den weiteren Fragen zur Ausgestaltung des zweiten Schulhalbjahres wird sich die Bildungsmministerin sicherlich, genau wie wir als Fraktionen, mit Eltern, Schüler*innenvertretung und Lehrkräften austauschen.

Ein weiterer Punkt, der noch nicht für alle zufriedenstellend gelöst ist, ist das möglichst einheitliche Vorgehen der Gesundheitsämter bei Coronafällen an Schulen. Wir hören immer wieder von Schulen, in denen bei einem Coronafall niemand aus der Klasse in Quarantäne geschickt wird und in einem anderen Fall die ganze Klasse. Frau Dr. Barth vom Gesundheitsamt Neumünster hatte uns in der Anhörung zwar erklärt, dass alle Fälle individuell betrachtet werden, aber für die Schulen ist die Entscheidung oft nicht nachvollziehbar. Dort würden wir uns ein abgestimmtes Vorgehen wünschen.

Es gibt also einen Plan sowohl für das aktuelle Distanzlernen, als auch für das Wiederhochfahren der Schulen. Wenn nicht das mutierte Corona-Virus wieder alles auf den Kopf stellt, bin ich zuversichtlich, dass die Schulen das Schuljahr im Sinne der Schüler*innen gut über die Bühne bringen werden.
